POLITIK

Grundsteuer: Schwelm zofft sich zur Entscheidung

16.02.2025, 09:22 Uhr • Lesezeit: 5 Minuten

Von **Stefan Scherer**



Blick auf das alte Rathaus in Schwelm an der Hauptstraße 14. Die Politik hat entschieden, wie die Stadt ab sofort die Grundsteuer erhebt.

© FUNKE Foto Services | Katleen Diekgraefe

Schwelm. Tiefer Riss zieht sich durch Schwelmer Stadtrat bei den Fragen, was gerecht für die Menschen ist und wie man miteinander umgeht.

Diesen Artikel vorlesen lassen:
00:00 / 05:59 1X BotTalk

Was ist gerecht? Bei dieser Frage mit Blick auf die Grundsteuerreform gehen die Meinungen im Schwelmer Stadtrat weit auseinander. So weit sogar, dass Grünen-Ratsfrau Brigitta Gießwein ans Rednerpult trat und in einer persönlichen Erklärung ihre Enttäuschung über den Umgang der Politiker miteinander Luft machte.

Das Thema Grundsteuerreform dreht sich in Schwelm schon etwas länger als andernorts im Kreis, und ist von einem Hin und Her geprägt. Der zentrale Diskussionspunkt ist derselbe wie in anderen Kommunen auch: Erhebt die Stadt einen einheitlichen Hebesatz für Wohn- und Nicht-Wohngrundstücke oder unterschiedlich hohe. Die erste Stolperfalle bei dem Thema liegt dabei nicht in Schwelm. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Jahr 2018 befunden, dass die Erhebung der Grundsteuer in den deutschen Kommunen grundgesetzwidrig erfolgt.

Lesen Sie auch:

- **Trend Wohnwagen: Schwelmer baut Camper individuell um**
- **Syrerin in Schwelm: „Ich habe immer Angst um meinen Sohn“**
- **Rathskeller: „Die Gäste sind froh, dass es hier weitergeht“**
- **Ennepetal: Nach Knochenfund 30 weitere Teile sichergestellt**

Ab da wurde es kompliziert und bürokratisch. Alle Grundstücke wurden neu bewertet, das Finanzamt setzte neue Messzahlen fest. Dieser Grundsteuermessbetrag wird anschließend mit den Prozentpunkten multipliziert, die die Stadträte als Hebesätze festlegen. Unter dem Strich steht schließlich die Zahl in Euro, die die Eigentümer in die Stadtkasse überweisen müssen. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Hebesatz ist einheitlich für alle Grundstücke oder die oben genannte Unterscheidung fließt mit ein, der sogenannte differenzierte Hebesatz.

In Schwelm hatte sich zunächst abgezeichnet, dass Politik und Verwaltung überwiegend differenzieren wollen. Doch dann meldete die Stadtverwaltung Bedenken an, ob dieses Vorgehen denn rechtssicher sein. Während die

Grünen um Fraktionsvorsitzenden Marcel Gießwein diese Bedenken nicht teilten und nach der Rolle rückwärts der Verwaltung weiter für die differenzierte Lösung warben, folgten CDU und SPD der Verwaltung. Im Falle der Sozialdemokraten geschah das entgegen deren eigentlicher Überzeugung für die differenzierten Sätze. „Die nicht gegebene Rechtssicherheit ist da unser Hauptargument, generell stehen wir hinter dem differenzierten Hebesatz“, hatte SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Kirschner bereits in der Ratssitzung im November verkündet, bevor die SPD mit der CDU für die andere Variante stimmte.



„Der gewählte Weg ist jedoch ein Armutszeugnis. Dieses Vorgehen beschädigt Vertrauen und behindert die Zusammenarbeit.“

Marcel Gießwein
Fraktionsvorsitzender der Grünen

Vor allem die Grünen hatten in Person von Marcel Gießwein da schon deutlich Position bezogen, dass diese Abstimmung das Wohnen in Schwelm verteuere, aber kein Gehör bei den beiden großen Fraktionen gefunden. Um so tiefer sitzt der Stachel bei den Grünen nun, dass kurz nach dem Jahreswechsel ein gemeinsamer Antrag von SPD und CDU gestellt wurde, den von ihnen geforderten einheitlichen Hebesatz nun doch wieder zu kippen und in der nächsten Ratssitzung einen differenzierten abzustimmen. Überschrieben ist der Antrag mit den Worten „Wohnung muss bezahlbar bleiben“. Die Grünen haben die beiden großen Fraktionen vor diesen Antrag nicht gefragt, ob sie diesen mittrage oder mitunterzeichnen.

Gießwein war auf der Palme: „Es ist schön, dass Sie ihren Fehler eingesehen haben und korrigieren wollen. Der gewählte Weg ist jedoch ein Armutszeugnis. Dieses Vorgehen beschädigt Vertrauen und behindert die

Zusammenarbeit“, macht er seinen Standpunkt klar. Seine Mutter Brigitta Gießwein war sogar derart enttäuscht davon, dass SPD und CDU die Grünen-Argumentation als die ihre in einem Antrag verkauft haben, dass sie gar nicht mit abstimmte und in einer persönlichen Erklärung ihrer Enttäuschung Ausdruck verlieh.

Teurer oder günstiger?

Abseits des Streits um Anstand im politischen Umgang miteinander, waren sich in der Sache bis auf die FDP und zwei Mitglieder der Linken darin einig, dass die nun vorliegende Entscheidung zum differenzierten Hebesatz die richtige für Schwelm ist. FDP-Fraktionsvorsitzender Michael Schwunk wies dem entgegen darauf hin, dass zwar im aktuellen Jahr die Grundsteuer nach der Reform aufkommensneutral erhoben werden muss, aber die kommunale Finanzplanung bereits für das Jahr 2026 eine Erhöhung der Grundsteuer um 28 Prozent vorsehe. Das werde diejenigen, die aus Sicht der Liberalen durch die Differenzierung benachteiligt werden, um so härter treffen.

Damit meint die FDP die Immobilien, die oben Wohnungen und im Erdgeschoss ein Gewerbe haben, wie beispielsweise in der kompletten Fußgängerzone. Hier müssen die Mieter die höheren Hebesätze mitzahlen. Während FDP-Ratsherr Uwe Hugendick dies mit Beispielen seiner eigenen Immobilien stützte, beschrieb CDU-Ratsherr Frank Nockemann für sein Haus in der Fußgängerzone das Gegenteil. Bürgermeister Stephan Langhard betonte, dass es auch für viele günstiger würde.

Nun werden die Bescheide verschickt und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeiten Fragen aufwerfen. „Wir werden eine Hotline im Rathaus zu diesem Thema einrichten“, verspricht Stephan Langhard. Wie die Stadt mit möglichen Klagen umgehen wird, werden die kommenden Monate zeigen. Mindestens bis dahin bleibt die Eingangsfrage unbeantwortet: Was ist gerecht?

ZUR STARTSEITE ›

FUNKE Mediengruppe

Anzeigen

Service

Online Werben

Aktuelle Nachrichten, Sport und Kultur aus Westfalen.

IMPRESSUM DATENSCHUTZERKLÄRUNG DATENSCHUTZCENTER NUTZUNGSBEDINGUNGEN ABO KÜNDIGEN

Eine Webseite der **FUNKE** Mediengruppe

© 2025 FUNKE Mediengruppe